



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/249 - 27. Oktober 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0 886 896

Hauptstadt Berlin	S. 1
Zum Freiheitstag der noch abhängigen Völker	S. 3
Zehn Jahre Deutscher Bauernverband	S. 5
Eine Warnung Albert Schweitzers	S. 6

Jetzt muss gepfiffen werden

sp. Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Willy Brandt, hat am letzten Freitag die bisherige Rolle der SPD in der Berlin-Frage mit der des Predigers in der Wüste verglichen. Vielleicht hat er dabei auch an eine Rede von Carlo Schmid in einer der ersten Sitzungen des ersten Bundestages im September 1949 gedacht, in der es hiess:

"Die Voraussetzung für die Wiedervereinigung kann man nicht ohne die aktive Berlin-Politik schaffen. Es sind hier gute Worte über die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe gefallen, die man Berlin bringen muss, Worte, die ich ernst nehme. Wir müssen aber mehr tun als das. Wir müssen auch eine aktive Staatspolitik im Hinblick auf Berlin treiben. Man hält mir hier das alliierte Veto entgegen. Aber wir können in diesem Haus und man kann besonders auf Ihrer Bank, meine Herren Minister, Berlin so behandeln, als ob es heute schon das zwölfte Land der Bundesrepublik wäre."

Die politische Praxis der Bundesregierung und ihrer Parteien aber wurde am besten durch die Baupraxis in Bonn illustriert, gegen die die SPD immer wieder Stellung bezogen hat. Deshalb müsste auch die unmittelbare Konsequenz aus dem jetzt verlangten Beschluss des Bundestages ein sofortiger Stop für öffentliche Bauten in Bonn sein. Brandt hat aber auch seinen eben zitierten Bemerkungen hinzugefügt, die SPD freue sich über jeden Helfer, auch wenn er spät und zunächst nur mit unzulänglichen Vorschlägen kommt.

Dieser späte Helfer ist die CDU, die mit ihrem Antrag, der Bundestag wolle beschliessen: "Die Hauptstadt Deutschlands und daher auch der Bundesrepublik, ist Berlin. Das deutsche Parlamentsgebäude in Berlin

wird wieder aufgebaut. Die Mittel dafür sind in den Haushalt 1957/58 einzustellen" einen effektvollen Coup landete. Freilich kam er nicht allein so ganz Überraschend: die Wochenzeitung "Die Zeit", auf die der Abgeordnete Eucarius bestimmenden Einfluss hat, hatte bereits vor zehn Tagen die Forderung erhoben und begründet, dass Berlin noch in diesem Jahr die Hauptstadt werden müsse.

In der Sache ist der Vorschlag gut und dürfte der grundsätzlichen Zustimmung einer erdrückenden Mehrheit von Bundestagsabgeordneten sicher sein. Der Zeitpunkt, zu dem er gemacht wird, und die näheren Umstände lassen freilich vermuten, dass bei seiner Einkringung vor allem auch wahltaktische Überlegungen Pate gestanden haben. Die CDU hat bisher jedenfalls nicht gerade in Ruhe einer besonders entschlossenen und einfallreichen Wiedervereinigungspolitik gestanden. Das hat sich sehr weit herumgesprochen, und so schien es ihr wohl zweckmässig, diesen Eindruck entgegenzuwirken, zumal sich bei der letzten Bundestagswoche in Berlin gezeigt hatte, wie magnetisch und fast unentrinnbar die politische Atmosphäre dieser Stadt auf die Abgeordneten wirkt und wie sehr solche Tagungen, ihr Verlauf und ihre Bewertung durch die westdeutschen Politiker auf die Menschen in Berlin selbst und in der Zone ausstrahlen.

Gewiss werden der Verwirklichung des Vorschlags eine ganze Reihe von technischen und vermutlich auch politischen Schwierigkeiten - dies letzte in Zusammenhang mit dem besonderen internationalen Status Berlins - im Wege stehen. Das darf nicht entscheidend sein. Grössten politischen Schaden aber würde es anrichten, wenn ein Beschluss des Bundestages, die Hauptstadt Deutschlands und damit auch der Bundesrepublik ist Berlin, eine symbolische Demonstration ohne praktische Konsequenzen bliebe. Das müsste in Berlin selbst und in der Zone peinlich verstimmen und könnte den Verdacht wecken, hier werde mit dem Schicksal der ehemaligen Hauptstadt Stimmungsmache aus parteipolitischen Motiven betrieben.

In der Bundesrepublik, mehr aber noch in dem anderen Teil Deutschlands, wird man deshalb nun besonders aufmerksam darauf achten, wie stark der Wille ist, der hinter einem solchen Beschluss steht. Alle Beteiligten sollten sich darüber im klaren sein, dass, nach einem bekannten Berliner Wort, jetzt kein Maulspitzen mehr genügt, sondern gepfiffen werden muss.

Die Verpflichtung des Westens

I.D. Der Freiheitstag der noch abhängigen Völker, den die Parteien der Asiatisch-Sozialistischen Konferenz und der Sozialistischen Internationale am 30. Oktober alljährlich begehen, soll die Welt, im besonderen die sozialistische Welt, daran erinnern, wieviel noch zu tun ist, um der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ein Ende zu bereiten. Der freiheitliche Sozialismus muss das koloniale Problem mit der gleichen Intensität zu lösen suchen, mit der er einst um die Grundrechte der europäischen Arbeiter kämpfte.

Der Kolonialismus sollte einem längst vergangenen Zeitalter angehören. Nur einige der noch in alten imperialistischen Ideen befangenen Völker klammern sich an die Privilegien einer Kolonialmacht. Goa, die letzte Enklave des Imperialismus auf dem indischen Kontinent, in dem die portugiesische Kolonialmacht auf Grund von vor vier Jahrhunderten abgeschlossenen Verträgen einen Polizeistaat aufgerichtet hat und ihn nicht herzugeben bereit ist, ist ein Schulbeispiel für das letzte Sich-Stärkmachen überholter Herrschaftsansprüche.

Aber nicht allein die politische Befreiung dieser noch unter Kolonialherrschaft lebenden Völker ist zur Aufgabe geworden. Es gilt auch, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erwirken.

Noch sind selbst in den bereits befreiten Gebieten grosse Mengen des Wirtschaftspotentials dieser Länder in den Händen europäischer Kapitalisten. Noch ziehen sie grosse Profite aus diesen Ländern heraus und nehmen den Vorteil wahr, der sich ihnen durch die billige Arbeitskraft, durch die fürchterlichen von ihnen geschaffenen sozialen Verhältnisse bedingt, bietet. So beläuft sich die private englische Investierung in Indien auf ca. 1 Milliarde £. Die jährlichen Profite betragen fast die Hälfte dieser Investierungssumme. Diese privaten Investitionen verhindern tatsächlich, dass die nunmehr politisch freien Völker den Gewinn von ihrer Arbeit für sich verwenden können und hindern damit den Aufbau dieser technisch und wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete. Es ist eine alte Wahrheit, dass Privatkapital sich immer nur dort ansiedelt, wo es hohe Profite erwarten kann. Es muss also eine gewisse Ausbeutung zu seinem Vorteil erhalten. Darum sollte Privatkapital nicht mehr ungehindert und unkontrolliert in diesen Ländern investieren können. Das scheint nur gegeben durch die Einführung des von den -4-

Asiaten so oft geforderten Sonderfonds der Vereinten Nationen (SUNFED) zur Erfassung und Verteilung der zur Verfügung stehenden Kapitalien.

Aber allein die politische und wirtschaftliche Befreiung dieser Gebiete genügt nicht, um den Weg zur Selbstbestimmung und zur Förderung dieser Menschen zu ebnen. Gleichzeitig mit der Erfüllung ihrer politischen und wirtschaftlichen Forderungen müssen sie auch aus ihrem sozialen und kulturellen Tiefstand gehoben werden. Die Jahrhunderte der Unterdrückung haben die Entwicklung ihrer Kultur und ihrer sozialen Ordnung unterbrochen. Die Kolonialherren haben durch Aufrechterhaltung der Unwissenheit und durch schreckliche Lebensbedingungen die Erniedrigung dieser Menschen vollkommen gemacht. In manchen dieser Länder sind über 70 % der Bevölkerung Analphabeten. Ihre Lebenserwartung geht vielfach nicht über 30 Jahre hinaus. Je länger diese Völker in Unwissenheit und Not beharren müssen, desto grösser ist die Gefahr, dass nationale retardierende Kräfte, die einst mit dem Imperialismus paktierten, die Oberhand gewinnen und ein neues System der Ausbeutung aufrichten, das gleichzeitig zu einer politischen Gefahr für die Welt werden könnte. Hingegen wird die echte Freiheit dieser Völker und die Möglichkeit für ihren schnellen Fortschritt eine Garantie für den Frieden sein, denn sie sind es, die sich seit ihrer Unabhängigkeit als die besten Sachwalter des Friedens erwiesen haben.

Indem die Sozialisten am 30. Oktober an das Gewissen der Welt appellieren, alle Menschen von jeglicher Knechtschaft frei zu machen, erklären sie ihre Bereitschaft, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, auf dass es keine Unterdrückten und keine Unterdrückten mehr geben möge.

* * *

Die letzte Botschaft Peyers

Im New York starb an den Folgen eines Herschlags der bekannte Führer der ungarischen Sozialdemokraten, Karl Peyer. Kurz vor seinem Tode richtete er einen bewegendem Appell an die Weltöffentlichkeit, auf die ungarischen Machthaber einzuwirken, den Blutvergiessen in Ungarn ein Ende zu bereiten. Die ungarischen Arbeiter kämpfen, heisst es in diesem Appell, für Freiheit und Brot und die Unabhängigkeit ihres Landes. Unerlässlich sei der sofortige Abzug der sowjetischen Interventions-truppen, die im blutigen Kampf gegen das ungarische Volk eingesetzt werden.

* * *

Ein fragwürdiges Jubiläum

Von Dr. R. M. Schmidt, MdB.

Am kommenden Montag sind es zehn Jahre her, dass der Reichsminister a. D. Andreas Hermes und der jetzige Bundesernährungsminister Heinrich Lübke in damals noch ungetrübter Freundschaft beschlossen, einen landwirtschaftlichen Einheitsverband zu gründen, der die Bezeichnung "Deutscher Bauernverband" erhielt.

Es ist im Laufe der vergangenen zehn Jahre ein unförmiger Koloss, ein Mammutverband daraus geworden, der durch sein oftmaliges Verhalten im wirtschaftspolitischen Kampf mit dem Auftreten eines "Elefanten im Porzellanladen" verglichen wird. Sein geistiger Vater, Andreas Hermes, - in diesem Falle alles andere als ein Götterbote - war schon vor Konrad Adenauer Begründer der CDU. In ihrem geistigen Raum stand auch die Wiege des Bauernverbandes.

Mitglieder wurden im Anfang unter Zuhilfenahme der alten Parteien des Reichenährstandes auf sehr einfache, kostensparende Art und Weise übernommen. Dieses Verfahren legte von vornherein fest, dass der alte Geist erhalten blieb und die Führungsgremien sich wieder - von einigen Konzessionsschulzen abgesehen - aus Grossbauern und Grossgrundbesitzern zusammensetzten. Seine finanziellen Mittel fliessen neben festgesetzten Abgaben nach dem Einkommenswert der Betriebe aus mehr oder weniger undurchsichtigen Quellen, u. a. wird den Bauern ihr sauer verdientes Milchgelde angeknabbert. Allein im Lande Hessen sollen die Molkereibeiträge an den Deutschen Bauernverband nachgewiesenermaßen 750 000 DM jährlich betragen. In Bayern und Baden-Württemberg wird sogar die von allen Grundeigentümern zu leistende Landwirtschaftsabgabe an die regionalen Verbände des Deutschen Bauernverbandes abgeführt.

Die Gegenleistungen an die Bauern für deren hohe Abgaben blieben äusserst spärlich. Ein grosser Apparat wurde aufgebaut, Berge werden versetzt, aber jeweils nur eine kleine Maus geboren. Die agrarpolitischen Vorschläge des Verbandes stammen durchweg aus der alten Kottenkiste, sie sind ohne konstruktive Gedankenföhrung und erschöpfen sich meistens in seinen schon berühmt gewordenen Klagen und Anklagen. Überdies kam seine Politik im wesentlichen nur den grösseren Betrieben zugute, denn deren Forderungen nach speziellen Preiserhöhungen, Steuernachlässen und Zinsherabsetzungen halfen der Masse unserer deutschen Klein- und - 6 -

Mittelbetriebe nur wenig. Der Deutsche Bauernverband gibt an, politisch neutral zu sein. Zwar werden lange Reden und Deklamationen zum Fenster heraus gehalten, und zuweilen sogar Drohungen gegen die Regierung ausgestossen, in Wirklichkeit aber leistet der Deutsche Bauernverband die wohl geschlossene Wahlhilfe für Konrad Adenauer. Recht deutlich wurde diese Tatsache wieder in den letzten Tagen, als eine Presseerklärung mit der Überschrift erschien: "Bauernverband hinter dem Bundeskanzler". Dafür werden ihm von höchster politischer Stelle zweifelhafte Versprechungen gemacht, die in Abständen wiederholt werden, damit sie glaubhafter erscheinen.

Die in der letzten Zeit wach gewordene Unruhe in den klein- und mittelbäuerlichen Gebieten versucht man jetzt durch Schaffung eines Instituts für Fragen der familienkäuerlichen Betriebe zu besänftigen. Das Vertrauen ist in diesen Kreisen aber schon weitgehend erschüttert. Man kann die Zeit voraussagen, in der der deutsche Bauernverband sein frivoles Spiel im Namen aller Bauern nicht mehr zu spielen vermag.

In der Öffentlichkeit erfreut sich dieser zweitgrößte deutsche Berufsverband keiner Beliebtheit. Nicht zuletzt ist das auf sein psychologisch ungeschicktes Verhalten zurückzuführen, das die politischen Verhältnisse nicht gewinnt, sondern abtötet. Das Resümee aus seiner zehn-jährigen Tätigkeit läßt das Jubiläum des Deutschen Bauernverbandes als fragwürdig erscheinen, obwohl es am Montag mit um so lauterem Jubelschall gefeiert werden wird.

* * *

"Die Wissenschaftler müssen das Wort ergreifen"

Die bereits vor Monaten von dem Mainzer Professor Dr. H. Sechart, Ordinarius für theoretische Physik, aufgestellte Forderung zur Einstellung der Atom- und Wasserstoffbomben-Versuche hat von anfänglicher Zögern namhafter deutscher Wissenschaftler nunmehr eine weitgehende Unterstützung erfahren. Prof. Rajewski, Vorsitzender des auf Wunsch des Bundestages gebildeten Sonderausschusses "Radioaktivität", erklärte am Freitag vor der Presse in Bonn, alle Mitglieder dieses Ausschusses seien der Ansicht, dass die Versuche mit Atombomben eingestellt werden müssen. Bei der Verwendung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken, die selbstverständlich nicht aufzukalten sei, dürfe nur

unter strengster Führung aller Vorsichtsmaßnahmen vorgegangen worden.

Auf einer Konferenz von Atom-Wissenschaftlern aus 15 Nationen, die kürzlich in New York stattfand, warnte der amerikanische Erforscher und Nobelpreisträger, Dr. Linus Pauling, dringend vor der Fortführung der gegenwärtigen Atomwaffenversuche in der Welt. Er untermauerte seine Warnung mit dem Bericht der amerikanischen Atomenergiekommission, aus dem hervorgeht, dass Bewohner von Nevada, dem amerikanischen Versuchsgebiet, den Strahlungen der radioaktiven Rückstände in so starkem Masse ausgesetzt seien, dass man bei ihnen mit ernstlichen gesundheitlichen Schädigungen rechnen müsse.

Die jetzt von fast allen namhaften Physikern der Welt aufgestellte Forderung nach Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche lässt deutlich werden, wie oberflächlich und geradezu gefährlich die Einstellung der CDU war, als sie den Mainzer Prof. Bechert beauftragte, er bringe durch seine warnenden Vorträge "Erruhe" in die Bevölkerung. Auch der frühere Atomminister Josef Strauß - jetzt Verteidigungsminister - hatte in einer Fernsehansprache vor kurzem angedeutet, Becherts Warnungen seien "übertrieben".

Zu den Rufern und Lernern ist nun auch der weltberühmte Albert Schweitzer gestossen. Vor einiger Zeit hat er an einen Wissenschaftler einen Brief gerichtet, der in der amerikanischen Zeitschrift "Science" veröffentlicht worden ist. Der Brief lautet auszugsweise:

"Die Folgen der Wasserstoffbomben-Explosionen bilden ein höchst bedingstiges Problem, doch eine wissenschaftliche Konferenz ist meiner Ansicht nach nicht das geeignete Mittel, mit dem Problem fertig zu werden. Es gibt heute in der Welt zu viele Konferenzen und es werden dort zu viele Beschlüsse gefasst.

Erforderlich wäre, dass die Welt auf die Warnrufe der einzelnen Wissenschaftler hörte, die dieses furchtbare Problem verstehen. So könnte die Menschheit beeindruckt werden, Verständnis gewinnen und die Gefahr begreifen, in der sie sich befindet.

Die Wissenschaftler selbst, die alle in diesem Zusammenhang

stehenden Fragen und Gefahren gründlich kennen, müssen zur Welt sprechen, möglichst viele von ihnen, und sie alle müssen der Menschheit die Wahrheit sagen in Wort und Schrift.

Würden sie ihre Stimme erheben und würde jeder von ihnen den Drang verspüren, die fürchterliche Wahrheit auszusprechen, dann würden sie Gehör finden, denn dann würde die Menschheit begreifen, dass es bitter ernst ist.

Wenn es gelingt, die Wissenschaftler davon zu überzeugen, dass sie der Menschheit die sie selbst quälenden Gedanken vortragen müssen, dann besteht die Hoffnung, dass diese entsetzlichen Explosionen aufgegeben und die Machthaber unter Druck gesetzt werden.

Aber die Wissenschaftler müssen das Wort ergreifen. Nur sie besitzen die Autorität zu erklären, dass wir nicht länger die Verantwortung für diese Experimente tragen können; nur sie können es sagen.

Da haben Sie meine Meinung. Ich sage sie Ihnen mit Besorgnis im Herzen, einer Besorgnis, die mich keinen Tag verlassen will."

gez. Albert Schweitzer

+ - +

Ein Lehrer im Amt...

Der Vorstand der SPD hat seinen Rechtsbeistand in Münster i.W. beauftragt, eine einstweilige Verfügung gegen den Lehrer Hans Poetschki in Emsdetten zu erwirken. Poetschki hat vor einigen Tagen auf einer CDU-Versammlung in Emsdetten die Behauptung aufgestellt, die SPD "propagiere den Mord an neugeborenen Kinder und wolle diesen Mord legitimieren."

Einen Bericht hierüber veröffentlichte die "Emsdettener Volkszeitung" am 18. Oktober 1956. Der Vorstand der SPD wendete sich aus diesem Grunde auch an die Redaktion dieser Zeitung mit der Aufforderung, die weitere Verbreitung der obigen Behauptung zu unterlassen, andernfalls gegen die Zeitung ebenso gerichtliche Schritte eingeleitet werden würden.

+ + +